

# FreiRaum

Für eine Welt ohne Atom- und Uranwaffen  
Für die friedliche Nutzung des Weltraums

Nr. 2 / Juli 2015  
14. Jahrgang



Abschlussblockade in Büchel. Hier lagern die USA immer noch Atomwaffen und Tornados der Bundeswehr üben ihren Abwurf  
[Foto: Christa Schmaus]

## Die Gefahr steigt - neue Verhandlungen über Atomwaffen sind dringend nötig

**Die Berichterstattung über Wladimir Putins neueste Ankündigung, 40 nukleare Interkontinentalraketen stationieren zu wollen, zeigt, wie wichtig es ist, in einer sich zuspitzenden Konfliktsituation alle Informationen zusammen zu tragen. Sonst entsteht ein Bild, das den Konflikt weiter schürt.**

Ja, Russland überholt sein Atomwaffenarsenal, die USA aber auch. Die Pläne dafür begannen weit vor dem Ukraine-Konflikt. Jetzt erhalten sie aber eine neue Gefährlichkeit.

Präsident Putin hat in den vergangenen Jahren oft ähnliche Ankündigungen gemacht. Vor sechs Monaten hat er sogar gesagt, Russland würde 50 neue Interkontinentalraketen im Jahr 2015 stationieren. Die Ausgaben für Atomwaffen sollten bis 2016 um mehr als die Hälfte aufgestockt und alle Raketen aus den sowjetischen Beständen ersetzt werden.

In den USA werden nach und nach alle Atomwaffen im Arsenal komplett modernisiert. Unter dem Begriff "Lebensdauerverlängerung" wird die Betriebsdauer der Minuteman-III-Interkontinentalrakete bis 2030 erweitert. Dabei wird die Rakete, bis auf die Hülle, komplett neu gebaut. Damit soll eine neue Generation von Interkontinentalraketen entstehen.

Die Modernisierung der B61-Atombomben, die auch in Deutschland gelagert werden, ist in vollem Gange. Aus einer einfachen freifallenden Bombe soll eine lenkbare Präzisionswaffe werden. Dafür werden neue Flugzeuge gebaut: der F-35A Joint Strike Fighter, ein Tarnkappenbomber.

Dazwischen gibt es das Tauziehen um die Ukraine. Auch wenn Putins Übernahme der Krim eindeutig völkerrechtswidrig war, trägt dafür die NATO einen Großteil der Verantwortung. Seit den 1990er Jahren warnt Russland wiederholt, dass es keine NATO-Erweiterung bis vor seine Haustür dulden könne. Die NATO hat ihre Mitgliedschaft von 12 auf 28 Mitglieder Richtung Osten ausgeweitet. Die Ukraine und Georgien sind bereits auf der Liste der künftigen Mitglieder vermerkt.

Darüber hinaus beklagt sich Russland seit Langem über die Schiefelage im Hinblick auf die konventionellen Streitkräfte. Ein endgültiges rotes Tuch waren für Russland die Pläne des "Westens" für eine Raketenabwehr. Letztes Jahr kam die Bitte von Polen und den baltischen Staaten dazu, dieses System explizit mit dem Fokus auf Russland zu installieren.

Jetzt eskaliert die Situation: Der Streit über den Vertrag zur Beseitigung von Mittelstreckenraketen (INF-Vertrag) - beide Seiten werfen der anderen Verstöße gegen den Vertrag vor - führte zu einer öffentlichen Diskussion über eine passende militärische Reaktion. Eine Option war die Erwägung der USA, neue landgestützte Atomraketen in Europa zu stationieren. Beide Seiten nehmen immer mehr Abstand vom INF-Vertrag.

Konflikte werden aber nicht dadurch gelöst, dass man mit immer schärferen Gegenmaßnahmen droht. Ein Dialog muss wieder entstehen, bevor es zu spät ist. Es ist an der Zeit, wieder an den Verhandlungstisch zurückzukehren.

Xanthe Hall in der  
Huffington Post (gekürzt)

## IN DIESEM HEFT



### Blockaden in Büchel

Ziviler Ungehorsam am Atomwaffenstandort. Mehr als 400 Menschen kamen zu büchel65. An 31 Tagen wurde blockiert. Zehn Strafanzeigen und 25 Ingewahrsamnahmen. **Seite 2-4**

### Kein Konsens in New York

Die Atomwaffenstaaten blockieren eine gemeinsame Abschlusserklärung bei der Überprüfungs-konferenz. Eine Bilanz „Im Blick“ **Seite 5-8**

### Krach in Königsbrunn

Friedensgespräche und Demonstration gegen die Militärwerbung bei den Königsbrunner Gesprächen. Gerangel führt zu Diskussionen um Gewaltfreiheit **Seite 9**

### Gedenken allein genügt nicht

Vor 70 Jahre Atombomben auf Hiroshima und Nagasaki. Bürgermeister zeigen Flagge. Friedensbewegung fordert Abrüstung. Fastenaktionen in aller Welt **Seite 10-11**



Übergabe eines Ginkgo-Setzlings an den Oberbürgermeister von Mainz  
[Foto: Wilfried Jaspers]

**Liebe Friedensfreundinnen und -freunde,**

die Hitze macht uns dieser Tage zu schaffen. Ich tröste mich damit, dass dies eine Vorbereitung auf das Klima in Japan sein wird. Ich werde zum ersten Mal nach Japan fliegen: Zur Jahrestagung des Global Network Against Weapons and Nuclear Power in Space in Kyoto sowie zu den Gedenkveranstaltungen in Hiroshima und Nagasaki.

Ich werde beim Global Network über unser Engagement in Deutschland berichten und neue Anregungen zum Einsatz gegen die Militarisierung des Weltraums mitbringen, denn mit Blick auf die Drohnenkriegsführung wird das Thema immer brisanter.

In Hiroshima und Nagasaki steht neben dem Erinnern auch die Planung weiterer Aktivitäten mit Mayors for Peace auf meinem Reiseprogramm. Zudem werde ich mich an der Internationalen Fastenkampagne beteiligen.

Was ich in Japan erfahre, fließt sicher in den nächsten FreiRaum mit ein. Es gibt aber im Internet einen Blog, auf dem ich regelmäßig berichte: [www.fastenkampagne.global-zero-now.de](http://www.fastenkampagne.global-zero-now.de)

Dieser FreiRaum beschäftigt sich schwerpunktmäßig mit den gelungenen Aktionen von engagierten Menschen in Büchel und der gescheiterten Überprüfungsконференz in New York.

Die internationale Situation wird ernster und angespannter. Unser Engagement für eine andere Politik ist gefragt. Lassen wir damit nicht locker.

Mit herzlichen Grüßen



**Wolfgang Schlupp-Hauck (wsh) ●**

## Hast Du deine Zahnbürste dabei?

**ERLEBNISBERICHT: DIE PRESSEHÜTTE BEI DER ABSCHLUSSBLOCKADE VON BÜCHEL65**



Wolfgang Schlupp-Hauck wird abgeführt [Foto: Pressehütte]

**Ich kämpfe mit meiner Angst vor engen abgeschlossenen Räumen.** Der Justizbeamte führt mich deshalb extra in die letzte Zelle des Gefangentransporters zur fünfsitzigen Rückbank des Buses, die Geräumigste, die er anzubieten hat. Vor mir schließt sich die Tür. Meine Füße kann ich nicht ausstrecken, sie stoßen gleich an die Wand. Der Motor läuft, an der Decke zischt Luft durch die Lüftungsschlitze. Das kleine ovale Fenster gestattet mir einen Blick nach draußen. Dort steht Barbara Rütting zwischen zwei Polizistinnen, die wie ich und andere zur Abschlussblockade von büchel65 gekommen ist und in Gewahrsam genommen wurde. Wir kennen uns seit der Prominentenblockade 1983. Sie ist immer wieder nach Mutlangen gekommen und beteiligt sich mit ihren 87 wie selbstverständlich an den Aktionen in Büchel.

Meine Zahnbürste hole ich aus der Tasche und halte mich an ihr fest. Wer bereit war, in Gewahrsam zu gehen, hatte eine Zahnbürste dabei. Dies nahm einen Hinweis von Martin Luther King auf, der das Mitführen einer Zahnbürste als Zeichen der Bereitschaft sich festnehmen zu lassen empfahl, denn die Zahnbürste dürfe man behalten.

Jetzt sehe ich draußen die Bundestagsabgeordnete Inge Höger. Wir kennen uns von den Abrüstungspolitischen Gesprächen, zu denen wir von der Pressehütte im Bundestag einladen. Ich freue mich, dass sie büchel65 so engagiert unterstützt und zum Zivilen Ungehorsam bereit ist.

Die Tür öffnet sich, ein weiterer Blockierer wird zu mir eingeschlossen. Etwas später auch noch sein Bruder. Am Ende sind 22 Personen in den Bus eingesperrt. Für wie lange wissen wir nicht. Wir sollen einem Richter vorgeführt werden.

**Wir beginnen uns zu erzählen.** Aus der Pressehütte sind wir mit drei Autos am 28. Mai in die Eifel gestartet. Unser erstes Ziel war das Mainzer Rathaus. Dort hing parallel zu büchel65 die Ausstellung „Hibakushas weltweit“. Die Bilder der Opfer von Atomwaffen und Atomindustrie bestärken uns in unserer Bereitschaft, Zivilen Ungehorsam zu leisten. Für das Rahmenprogramm zeigen wir den Film: „Unser Mut wird langen – nicht nur in Mutlangen“.

Er schlägt den Bogen von den Blockaden in den 80er-Jahren zu Büchel. Wir diskutieren im Anschluss mit den Zuschauern, warum wir von Mainz weiter nach Büchel fahren werden und uns dort vor den Fliegerhorst der Bundeswehr setzen werden. Nach einem Mittagessen in der Rathauskantine empfängt uns der Oberbürgermeister. Mainz ist seit 1984 Mitglied bei Mayors for Peace. Wir überreichen Herrn Ebling einen Ginkgo-Setzling. Er stammt aus einem Samen von einem Baum in Hiroshima, der den Atombombenabwurf überlebt hat. Ich habe den Samen von Hiroshimas Bürgermeister Matsui in Wien bei der UNO erhalten. Die Erinnerung an den Atombombenabwurf und die Hoffnung auf eine Welt ohne Atomwaffen sollen die Überlebendenbäume und ihre Nachkommen in aller Welt verkünden. Oberbürgermeister Ebling verspricht uns, dass der Baum zunächst im Rathaus stehen wird, wenn er größer wird, kommt er in einem Kübel vors Rathaus und dann später wird er in einem Park eingepflanzt. Ein Mainzer DFG-VK Mitglied bittet, dann zur Umpflanzaktion eingeladen zu werden.

**Die Tür geht auf, auch der Mainzer Friedensfreund ist nach Büchel gekommen und ist nun der vierte in unserer Zelle.** Am Morgen des 29. Mai hatten sich um 6.15 Uhr über 50 Blockierer auf die verschiedenen Tore des Fliegerhorstes verteilt. Am Haupttor wurde der Verkehr eingestellt. Einzige Zufahrt war dann nur noch das Luzerather Tor. Die Polizei dort ließ keine Blockade zu, drängte die Leute gleich ab. Wer sich hinsetzte, bekam einen Platzverweis und wurde beim zweiten oder dritten Blockadeversuch in Gewahrsam genommen.

Durch Klopfen konnten wir auf uns aufmerksam machen, wenn wir auf die Toilette mussten. Begleitet von einem Polizisten duften wir dann zur Gemeindegalerie gehen. Ein andermal wurde die Tür geöffnet und mein Name aufgerufen. Ich kam nicht zum Richter, sondern Maria war gekommen, weil sie meinen Autoschlüssel brauchte, um die Friedenstafel für das Mittagessen vor dem Haupttor zu decken. Die Gemüsebox war noch im Kofferraum. So durfte ich nochmals kurz nach draußen. Ich sah dabei auch Barbara Rütting wieder. Sie war beim Richter, der ihr sagte, um 13:00 Uhr komme sie frei. Und tatsächlich die Tür unserer Zelle öffnete sich dann pünktlich. Wir konnten alle gemeinsam zum Haupttor gehen und an der Friedenstafel teilnehmen. Für uns Mutlanger begann dann der Heimweg. Andere blieben noch und überlegten, ob sie einen weiteren Blockadeversuch unternehmen.

Zufrieden kehrte ich zurück. Ich hatte meine Angst überwunden. Im Auto diskutierten wir die Polizeitaktik, die darauf hinaus läuft, juristische Nachspiele zu vermeiden. Der Verkehr am Haupttor wird umgeleitet, Räumungen der Blockade so vermieden. Am Ausweichter wird soweit wie möglich das Blockieren verhindert und die Demonstranten werden gleich in Gewahrsam genommen.

**Wolfgang Schlupp-Hauck**



Der Versöhnungsbund unterbrach seine Jahresversammlung in Bonn und blockierte in Büchel

[Foto: Benjamin Pütter]

## büchel65 – Die Bilanz

„An möglichst vielen von 65 Tagen blockieren unterschiedliche Gruppen jeweils für einen Tag die Zufahrten zum Fliegerhorst Büchel“ So hieß es in dem Aufruf von büchel65, einer Initiative aus der Antiatom- und Friedensbewegung. Zwischen dem 26.03. und 29.5.2015 sollte auf diese Weise mit dem Mittel des Zivilen Ungehorsams auf das fortbestehende Unrecht der immer noch in Deutschland la-

gernden Atomwaffen hingewiesen werden. Das Spektrum der Gruppen, die diesem Aufruf gefolgt sind, war breit gestreut: Friedens- und Antiatominitiativen aus Rostock, Kiel, Hamburg, Bremen, Berlin, dem Wendland, Nottuln, Mannheim, Saarbrücken, Mainz, Köln, Trier, Stuttgart und Mutlangen reisten in größeren und kleineren Gruppen an, musizierten, sangen und lasen entsprechende Texte vor, ein Freundeskreis blockierte einen Geburtstag feiernd das Haupttor, es wurde ein Gottesdienst vor verschlossenem Haupttor abgehalten, in einer Brauchtumsblockade wurde ein Maibaum direkt vor der Haupteinfahrt zum Fliegerhorst errichtet; AktivistInnen des Junepa-Netzwerkes (Jugendnetzwerk für politische Aktionen) versperrten mit hohen Dreibeinen (Tripods) die Zufahrt, die selbstverwalteten Betriebe machten ihren speziellen Betriebsausflug mit Sofa und Sessel, Mitglieder der IPPNW beteiligten sich zum Teil in ihrer Berufskleidung und eigenen Transparenten an diesen Protesten, der Versöhnungsbund unterbrach seine Jahrestagung für eine Blockadeaktion, bei der das gesamte Gelände über 2 Stunden völlig verschlossen war; zweimal reisten französische Gruppen an und machten mit Theater und eigener Performance auf das bedrückende Unrechtsthema aufmerksam; eine Gruppe der Lebenslaute bot zum dritten Mal ein eindrucksvolles Konzert dar, das selbst die zuhörenden Polizisten in ehrfurchtsvolles Staunen versetzte; unter den Blockadegruppen fand sich auch eine Familie mit ihren Kindern ein, die einfach zeigen wollten, wie sie ohne ständige Atomwaffenbedrohung in Zukunft leben wollen.

### DIE ERWARTUNG ÜBERTROFFEN

Die Bedrohung der Existenz der Menschheit durch die bestehenden Atomwaffenarsenale ist bis in die Friedensbewegung hinein zu einem verschwiegenen und verdrängten Thema geworden. Von daher stand vor den

Aktionen von büchel65 die bange Frage im Raum, ob sich Gruppen in die abgelegene Südeifel überhaupt mobilisieren lassen. Jetzt nach 31 Blockadetagen mit 35 unterschiedlichen Blockadegruppen und etwa 400 beteiligten AktivistInnen können wir bilanzieren: Es ist uns gelungen, an drei bis vier Arbeitstagen jeder Arbeitswoche den Betrieb des Militärs zu stören. Dabei wirkte jede Blockade: auf die Polizei, die erlebte, wie entschlossen sich Menschen bei Wind und Wetter für eine atomwaffenfreie Welt einsetzen; bei den Bundeswehrangehörigen, die sich immer wieder fragen mussten, ob ihr Dienst in der Bundeswehr, insbesondere an diesem Standort, ethisch vertretbar ist; bei den AnwohnerInnen, die über 9 Wochen hautnah erfahren, wie bunt und vielfältig, wie freundlich und Mut machend Ziviler Ungehorsam sein kann. Einige aus der Region sahen sich so ermutigt, dass sie sich den Blockadeaktionen anschlossen.

### DIE MEDIEN

Das Atomwaffenthema wird trotz der sich zuspitzenden Konfrontation zwischen verschiedenen Atommächten totgeschwiegen. Besonders die politische Rolle Deutschlands durch die „atomare Beteiligung“ wird kaum öffentlich thematisiert. Das macht es der Bundesregierung leicht, dieses Thema öffentlich zu ignorieren und die Aufrüstung der Atomwaffen (sogenannte Modernisierung) stillschweigend zu tolerieren. Auf internationalem Parkett verhält sich Deutschland ganz im Sinne der Atommächte. Atomwaffen als dauernde Bedrohung für die ganze Menschheit und deshalb völkerrechtlich zu verbieten ist kein Thema auf der deutschen diplomatischen Ebene und in den entsprechenden Medien. Damit verstößt die Bundesregierung ständig gegen den Beschluss des eigenen Parlamentes vor fünf Jahren. Mit den Aktionen des Zivilen Ungehorsams über einen längeren

Zeitraum sollte dieser Skandal in die breitere Öffentlichkeit getragen werden. Ob alle Medienveröffentlichungen und Zeitungsartikel im Nachhinein erfasst sind, muss offen bleiben. Viele Gruppen haben sowohl im Vorfeld als auch während und nach ihren Aktionen darüber in ihren Heimatblättern berichtet und so das Thema zumindest in ihren Orten wieder Publik gemacht, eine gute Grundlage für die Gedenkveranstaltungen zu 70 Jahre Hiroshima und Nagasaki. Viele dieser Zeitungsausschnitte wurden mit Bildern unterlegt. Wieviel lokale Radios über „ihre“ Gruppen berichteten, wissen wir nicht. Vor Ort konnte durch eine kontinuierliche Berichterstattung zumindest über einen längeren Zeitraum dieses Thema „am Kochen“ gehalten werden. Einige überregionale Zeitungen haben es aufgegriffen. Schwierig war es, an die großen „Mainstream“ Medien heranzukommen. Von der Auftaktblockade hat der SWR 2 zwei sehr schöne Fernsehbeiträge gebracht, die auch noch lange auf YouTube zu sehen waren und als Mobilisierungsmaterial zu gebrauchen waren. Auch der Deutschlandfunk hat mit seinem Beitrag überregional diese Kampagne bekannt gemacht. Trotzdem muss man bilanzieren, dass wir mit „büchel65“ noch nicht die breite öffentliche Meinung mit diesem schwierigen Thema beeinflussen oder es zumindest zur Diskussion stellen konnten. Deshalb hielt sich der beabsichtigte „Druck auf die Bundesregierung“ zumindest vordergründig in Grenzen.

In der Region konnte über diesen Zeitraum das Thema dank eines engagierten Journalisten kontinuierlich in die Öffentlichkeit getragen werden. Viele Menschen in der Region konnten so mit diesem Thema erneut konfrontiert werden. Auch wenn die kontroversen Diskussionen nach außen hin nur wenig in Erscheinung getreten sind, konnte man auf Busfahrten durchaus kontroverse Diskussionen in der →



Barbara Rütting wird belehrt [Fotos: Pressehütte]



Schon auf dem Weg zum Tor wird die Gruppe gestoppt

→ Bevölkerung erfahren. Personen aus der Region versicherten uns immer wieder, dass die Menschen vor Ort diese Aktionen zum Teil sehr kontrovers wahrgenommen haben. Schließlich ist der „Atomwaffenstützpunkt Büchel“ der größte Arbeitgeber in der strukturalarmen Region. Einige Personen aus der Region haben sich auch aktivieren lassen und haben sich an den Blockaden beteiligt.

## DIE POLIZEI

Ihre Strategie war, mit möglichst minimalem Aufwand die Zufahrt zum Gelände offen zu halten und direkte Konfrontationen zu vermeiden. Personalmangel spielte sicherlich auch eine Rolle. Anfangs noch sehr verunsichert, ob ihre eigenen Kräfte zahlenmäßig den Blockadegruppen überlegen sind, versuchte die Einsatzleitung durch „sanfte körperliche Gewalt“ und pragmatisches Gewährenlassen der Gruppen eine Gratwanderung zwischen ihrem Auftrag, den Zugang für militärisches und ziviles Personal offen zu halten, und den Gruppen einen Freiraum zu belassen, in dem sie ihre Botschaft anbringen konnten. Sicherlich hat ein Polizeigespräch nach den ersten Blockadeaktionen zur „Abrüstung“ beigetragen. Trotzdem wendete die Polizei, wenn sie keine andere Wahl zum Offenhalten eines Zuganges hatte (vor allem an Werktagen morgens bei der Einfahrt) konsequent polizeiliche Gewalt an. Im Vorfeld wurden schon früh am Morgen die anreisenden Gruppen auf ihre Stärke genau beobachtet, um dann entsprechend die Polizeitaktik anzupassen. Es wurden nur unregelmäßig Personalien von den Weg zu tragenden Aktivisten festgestellt, von der Möglichkeit zum Polizeigewahrsam wurde nur in der Auftakt- und Abschlussblockade Gebrauch gemacht. Allerdings haben die zum Teil sehr kleinen Blockadegruppen nach den ersten Versuchen, den morgendlichen Verkehr aufzuhalten, sich für die Fortsetzung in Form von Mahnwachen entschieden. Wieweit es zu juristischen Verfolgungen kommt, ist zur Zeit noch unklar. Viele Polizisten im Einsatz hatten keine Ahnung, was sich hinter dem Zaun verbirgt und waren interessiert an Informationen von den Blockadegruppen.

## DAS MILITÄR

Auffällig ist, dass sich der Kommandeur des Militärstützpunktes im Vorfeld und nach den Aktionen häufig in der Lokalzeitung zu Wort meldete, während der Aktionen aber schwieg. Ein Brief unsererseits mit der Bitte um ein Gespräch blieb unbeantwortet. Auffällig allergisch reagierte die Militärleitung auf ein Transparent, das wir an der Bundesstraße aufzustellen versuchten: „Hier üben deutsche Soldaten auf NATO – Befehl US-Atombomben abzuwerfen. Das ist verfassungswidrig und gegen das Völkerrecht. Wir leisten Widerstand.“ Die Polizei kam fast schon entschuldigend auf uns zu mit der Forderung, dieses Transparent wieder abzunehmen. Die Bundeswehr habe sich beschwert. So wurde dieses Transparent häufig in den morgendlichen Aktionen gezeigt. Auf eine journalistische Anfrage gab der Kommandeur zu, dass sie sich durch die Aktionen schon sehr gestört gefühlt haben. Mit allen Mitteln sollten die AktivistInnen von dem hereinfahrenden Personal auf Distanz gehalten werden, schon um hoch emotionale Situationen zu vermeiden. Dadurch ist es nur sehr wenig zu direkten Gesprächen und Diskussionen mit den direkt Betroffenen gekommen. Dadurch, dass sie aber fast jeden Morgen durch ein Spalier von Transparenten und Botschaften zu den Atomwaffen fahren mussten, wurden sie zumindest mit ihrem Tun konfrontiert. Die meisten fuhren ausdruckslos und angespannt hinein, nur wenige machten ihrem Ärger Luft, einige aber winkten auch freundlich den AktivistInnen zu. Eine Diskussion hinter dem Zaun hat mit Bestimmtheit stattgefunden.

### Oberst Andreas Korb (Kommodore des Luftwaffengeschwaders 33)

»Es bringt schon ein bisschen Unruhe in den normalen Tagungsablauf rein. Den Dienstbetrieb hat es aber jetzt nicht so beeinflusst. Wir haben in Folge der Aktion büche65 nicht einen geplanten Flug ausfallen lassen müssen. Wir haben lagebezogen mit der Polizei besprochen, wo und wann welches Tor aufgemacht werden kann. Weil bei einigen Gruppen latent zumindest die Gefahr bestand, dass sie auf go-in Aktionen aus sind, haben wir die Wachen verstärkt. Ich frage mich, ob es der richtige Ort ist, Forderungen an die Politik vor einer Bundeswehrkaserne zu stellen. Vielleicht wäre Berlin sinnvoller.«

## WIE WEITER

Büchel65 war von Anfang an als begrenzte Kampagne Zivilen Ungehorsams konzipiert. Sie sollte eine Fortsetzung der früheren Aktionen sein, insbesondere der 24-stündigen Musikblockade vor 2 Jahren und des 10-tägigen Aktionscamps mit Blockadeaktionen 2014. Die Blockaden endeten nach 65 Tagen mit einer eindrucksvollen „Zahnbürstenblockade“. Nach der juristischen Aufarbeitung und Begleitung wird diese Kampagne beendet sein. Sie sollte nur ein Baustein zum weiter zu entwickelnden Widerstand gegen das „Unrecht Atomwaffen“ sein. Die Erfahrungen, die die einzelnen Blockadegruppen zum Teil zum ersten Mal gemacht haben, können sicher in einer neuen Kampagne zum gewaltfreien Widerstand genutzt werden. Es hat sich ge-



Foto: büchel65

zeigt, dass sich auch Menschen außerhalb der Friedensbewegung für dieses Thema interessieren und mobilisieren lassen. In der Region haben sich Einzelne ebenfalls durch diese Aktionen angesprochen gefühlt. Diese sollten nun untereinander und mit den anderen Gruppen vernetzt werden. Für zukünftige Kampagnen und Aktionen ist es wichtig, einzelnen Gruppen und Personen immer wieder einzuschärfen, sich Zeit für die Vorbereitung zu nehmen. Diese kam in einigen Fällen zu kurz. Die erfolgreichsten und schönsten Aktionen waren nach unserer Beobachtung die, die intensiv vorbereitet waren. Durch die lange Anfahrt, die abseitige Lage und bisher nur geringe Infrastruktur spielt der Zeitfaktor, um sich mit den Örtlichkeiten vertraut zu machen, eine entscheidende Rolle. Trotz aller Schwierigkeiten sollten wir konsequent an unserer Utopie festhalten: Die Atomwaffenfreiheit und Büchel eines Tages als Ort des erfolgreichen Widerstandes gegen das Unrecht bestehender Atomwaffen zu feiern. Der Weg dazu ist zwar lang, aber angelegt. Büchel65 war ein wichtiger richtungsweisender Meilenstein dazu.

### Ernst-Ludwig Iskenius

(aktiv in der IPPNW und im büchel65-Organisations-Team)

Mehr über büchel65 ist zu erfahren unter [www.buechel-atomwaffenfrei.de/buechel65](http://www.buechel-atomwaffenfrei.de/buechel65)

## Scheitern und Fortschritt

Ende Mai ist in New York die Überprüfungskonferenz zum Atomwaffensperrvertrag (NVV) zu Ende gegangen. Die Befürchtungen, dass sich die Staaten auf keinen gemeinsamen Weg einigen können, haben sich bewahrheitet. Die Vertragsstaaten sind dabei auseinanderzudriften – die Zukunft des NVV ist ungewiss



Zur Überprüfungskonferenz des Atomwaffensperrvertrages gab es im Mai in New York langwierige, ergebnislose Verhandlungen und phantasievolle, bunte Demonstrationen


Üblicherweise enden Sitzungen in der UNO punkt sechs Uhr. Dann haben die Dolmetscher Feierabend. Am 22. Mai dauerte es länger, wesentlich länger. Um 21 Uhr begann im Plenum die letzte Runde der Debatte der 9. Überprüfungskonferenz des NVV. Alle, die schon den ganzen Tag im Saal der Generalversammlung gewartet hatten, schienen aufzuatmen. In den letzten Stunden der Verhandlungen hatten die staatlichen Delegationen das gebraucht, was man gemeinhin als diplomatisches „Sitzfleisch“ bezeichnet. Schon seit Mitte der Woche fanden die wirklich wichtigen Gespräche hinter verschlossenen Türen statt – außer einer Handvoll Delegierter hatte niemand mehr Zutritt zu diesem exklusiven Gremium. So verbrachte etwa die deutsche Delegation die meiste Zeit versammelt im Plenarsaal.

Auch die Vertreter der Zivilgesellschaft hatten wenig Überblick über die letzten Schritte im Verhandlungsprozess.

### DER VERLORENE ESPRIT VON 2010

Nach vier Wochen zäher Verhandlungen endete die 2015er Überprüfungskonferenz ohne Ergebnis. Der Esprit von 2010 ist in weite Ferne gerückt, man fand keinen Konsens für ein Abschlussdokument. Der allgemeine Erschöpfungszustand wurde nur noch von der Frustration übertroffen – eine Frustration, die sowohl bei den Atomwaffenstaaten und ihren Unterstützern als auch bei den Anhängern der humanitären Initiative deutlich zu spüren war. Während einige Vertreter von Nichtregierungsorganisationen das Resultat pragmatisch hinnahmen, nach dem Motto „besser kein Konsens als

ein fauler Kompromiss“, waren es vor allem die Staaten selbst, die sich enttäuscht zeigten und sich gegenseitig die Schuld zuschoben.

Die Staatssekretärin für Rüstungskontrolle und internationale Sicherheit der US-Regierung, Rose Gottemoeller, beschuldigte einige nicht namentlich genannte Akteure, die den NVV „zynisch zu manipulieren“ versuchten. Ägypten wurde dafür verantwortlich gemacht, dass die Debatte über eine massenvernichtungswaffenfreie Zone im Nahen Osten zu keinem Ergebnis gekommen war. Der ägyptische Delegierte wiederum klagte die israelischen Vertreter an, den Prozess negativ beeinflusst zu haben. 

### Atomwaffensperrvertrag

Der nukleare Nichtverbreitungs- bzw. Atomwaffensperrvertrag (NVV) wurde 1968 von der Abrüstungskonferenz ausgehandelt und trat 1970 in Kraft. Zunächst auf 25 Jahre begrenzt, wurde er 1995 unbefristet verlängert. Seitdem finden alle fünf Jahre Überprüfungskonferenzen im Hauptquartier der Vereinten Nationen in New York statt.

**Als der Präsident der Überprüfungs-konferenz 2010 den Hammer niedersausen ließ und so den Konsens über ein Abschlussdokument besiegelte, herrschte einen Moment lang ungläubige Stille. Dann brandete erleichterter Applaus durch den Saal der UN-Generalversammlung. 64 Aktionen zur nuklearen Abrüstung, Nichtverbreitung, nicht-militärischen Nutzung der Kernenergie und für den Nahen Osten sind im Konsens aufgelistet worden.**

#### **Die humanitäre Initiative**

Die Mitgliedstaaten einigten sich erstmals, einen Passus über die „katastrophalen humanitären Konsequenzen“ einer Kernwaffendetonation in ihr Abschlussdokument aufzunehmen. Südafrika hatte diese Initiative angestoßen. Ihr können sich alle Länder anschließen, die die humanitäre Perspektive in das Zentrum der Abrüstungsverhandlungen stellen wollen, und nicht allein sicherheitspolitische Aspekte. Derzeit sind dies 159 Staaten.

#### **Die Konferenz über einen massenvernichtungswaffenfreien Nahen Osten**

Die Einberufung einer solchen Konferenz war 1995 für die blockfreien Staaten Voraussetzung für ihre Zustimmung zur unbefristeten Verlängerung des Atomwaffensperrvertrages. 2010 wurde dies endlich im Konsens beschlossen.

☞ Israel, wenngleich kein Mitglied des NVV, hatte an dieser Konferenz das erste Mal seit 20 Jahren wieder als Beobachter teilgenommen. Kurz vor Ende der Verhandlungen war eine amerikanische Delegation nach Israel gereist, um mit Regierungsvertretern gesondert zu debattieren. Die USA, Kanada und Großbritannien haben insgesamt Israels Standpunkt im Nahen Osten unterstützt. Eine massenvernichtungswaffenfreie Zone würde eine komplette Eliminierung des israelischen Atomwaffenarsenals vorsehen. Eine spezielle Konferenz zu diesem Thema war bereits für 2012 in Helsinki geplant gewesen – hatte im Endeffekt aber nie stattgefunden, was bereits 2013 dazu führte, dass die ägyptische Vertretung aus Protest die Vorbereitungs-kommission verließ.

#### **LICHTBLICK**

Ein sehr aufrüttelndes Abschluss-Statement gaben die Südafrikaner ab. Bereits in den Tagen zuvor hatten der Botschafter Abdul Samad Minty und seine Delegation immer wieder die asymmetrischen Machtverhältnisse im NVV mit dem Apartheidregime verglichen. Eine überwiegende Mehrheit von 159 Staaten hat sich seit 2010 der humanitären Initiative angeschlossen und plädiert dafür, die humanitären Konsequenzen einer nuklearen Detonation in den Fokus der Verhandlungen zu stellen. Nur rund 30 Staaten sperren sich beharrlich gegen diese Sichtweise, die sie teils als romantisch verklärt, teils als schlicht unrealistisch abtun.

Enttäuschend war, dass trotz der laufenden Klage der Marshall Islands gegen die neun Nuklearstaaten, diese während der Konferenz so gut wie nicht erwähnt wurde. Auch die USA, die in der Region zwischen den 40er und 50er Jahren über 60 Tests durchgeführt hatten, äußerten sich nicht dazu. Einziger Lichtblick am Ende der diesjährigen Konferenz ist die Entwicklung, die die ursprünglich als „Österreichische Selbstverpflichtung“ genannte Erklärung durchlaufen hat. Mittlerweile haben sich über einhundert Regierungen öffentlich zu ihrer Bereitschaft bekannt, Atomwaffen endgültig zu verbieten.

An Deutschland, wo zeitgleich zur Konferenz auch die Blockade des Atomwaffenstandortes Büchel stattgefunden hat, geht dieses Ansinnen sowohl medial als auch politisch weitgehend vorbei.



Mitglieder von ICAN treffen sich mit Österreichs jungem Außenminister Sebastian Kurz (Mitte) [Foto: ICAN]

#### **DIE „HUMANITÄRE SELBSTVERPFLICHTUNG“ AUF DEM VORMARSCH**

Gestartet hatte die österreichische Selbstverpflichtung zum endgültigen Verbot von Atomwaffen im vergangenen Dezember mit 44 Unterstützern. Mittlerweile haben sich um die 110 Staaten angeschlossen – Tendenz steigend. Die österreichische Selbstverpflichtung wurde in den letzten Tagen der Überprüfungs-konferenz umbenannt. Sie heißt nun „Humanitäre

**Auszug aus der Humanitären Selbstverpflichtung:** „Wir rufen alle Vertragsparteien des NPT dazu auf, ihr Engagement für die dringende und vollständige Umsetzung der bestehenden Verpflichtungen aus Artikel VI zu erneuern und zu diesem Zweck wirksame Maßnahmen zu ermitteln und zu verfolgen, um die Rechtslücke zwischen dem Verbot und der Beseitigung der Kernwaffen zu füllen. Wir verpflichten uns, mit allen Beteiligten zusammenarbeiten, um dieses Ziel zu erreichen. (...), bei den Bemühungen, Atomwaffen mit Blick auf ihre inakzeptablen humanitären Folgen und den damit verbundenen Risiken zu stigmatisieren, zu verbieten und zu beseitigen.“

Selbstverpflichtung“, analog zur humanitären Initiative: Ein starkes Zeichen. Mittlerweile haben sich 110 Staaten dafür ausgesprochen, die Rechtslücke zwischen dem Verbot und der Beseitigung der Kernwaffen zu füllen. Das sind mehr als die Hälfte der Mitgliedsstaaten des NVV. Ein derartiges Potenzial hätte man der

Initiative, die Österreich auf der dritten humanitären Konferenz in Wien angestoßen hatte, wohl nicht ohne weiteres zugetraut. Wenngleich sich bereits im Dezember knapp 50 Länder angeschlossen hatten, stand es zu Beginn der Überprüfungs-konferenz noch sehr auf der Kippe, ob die „magischen 100“ überhaupt geknackt werden könnten – insbesondere aufgrund der Rhetorik der Atom-mächte und ihrer Sympathisanten, die in einem Verbotsvertrag die Unterminierung bestehender Abrüstungsverpflichtungen sehen.

Dennoch konnte der österreichische Botschafter Alexander Kmentt am letzten Tag der Debatte Positives verkünden. „Wir sind mit einem konstruktiven Geist und einer starken Position in diese Konferenz gegangen, die sich nicht nur auf das Bewusstsein über die Konsequenzen und Risiken von Atomwaffen stützt ..., sondern auch auf

eine klare Mehrheit von 159 Ländern“, sagte Kmentt in seiner Abschlussrede. Entgegen der tatsächlichen oder auch nur vorgeschobenen Befürchtungen der Atom-mächte beabsichtigt die Selbstverpflichtung nicht, den NVV als umfassendes Abrüstungsforum zu ersetzen. Vielmehr soll sie ihn ergänzen und zur Not auch an den Atomwaffenstaaten vorbei eine Ächtung und ein Verbot der einzigen noch „erlaubten“ Massenvernichtungswaffe durchsetzen. Demgegenüber stellen die Befürworter von Nukleararsenalen häufig fest, dass der Internationale Gerichtshof auch in seinem Gutachten von 1996 keine endgültige Illegalität von Kernwaffen festgestellt hat.

Dennoch: Auch wenn die Atom-mächte Länder wie Deutschland, Belgien und die Niederlande erfolgreich in ihre nukleare Rhetorik integrieren und sich auf deren implizite (oder auch ganz offenkundige) Unterstützung verlassen können, geht von der humanitären Perspektive der einzige noch verbliebene Schwung in der Abrüstungsdebatte aus. Während die offiziellen Verhandlungen stagnieren, nicht nur im NVV, sondern auch seit langem in der Genfer Abrüstungskonferenz, lässt sich allein in dieser Richtung in letzter Zeit Bewegung erkennen. Je mehr die neun Atomwaffenstaaten sich dagegen sperren, desto mehr setzen sie die Legitimität des NVV an sich aufs Spiel – eine Entwicklung, die sie eigentlich verhindern wollen.

# Deutschland setzt kein deutliches Zeichen für eine atomwaffenfreie Welt

Die Bundesregierung hat auf der Überprüfungskonferenz erneut gezeigt, dass sie sich der amerikanischen Nuklearpolitik nicht entgegenstellt. Deutsche Diplomaten propagieren weiterhin den „Step-by-step“-Ansatz und verschließen sich der humanitären Bewegung



Gespräch in der Deutschen UN-Vertretung mit Botschafter Michael Biontino [Fotos: Erik Buhmann]

Inoffiziell geben deutsche Diplomaten, die sich mit der nuklearen Abrüstung befassen, durchaus zu, dass die Haltung der Bundesregierung paradox ist: Auf der einen Seite gedenkt man Hiroshima und Nagasaki und der verheerenden Auswirkungen, die die Bombenabwürfe bis in die Gegenwart hinein haben. Auf der anderen Seite sind in Deutschland amerikanische Atombomben stationiert. Offiziell ist von diesem Paradoxon keine Rede. In den Verhandlungen zum Nichtverbreitungsvertrag folgt die deutsche Regierung der Rhetorik der Amerikaner – und setzt nicht einmal innerhalb der Gruppe der europäischen Staaten eine kritische Perspektive durch.

In dem Statement, das die EU zu Beginn der Konferenz ablieferte, ist daher die Rede von „schwerwiegenden Konsequenzen“, die Atomwaffen mit sich bringen, nicht von „katastrophalen“. Dabei stellt der Terminus der „katastrophalen humanitären Konsequenzen“, auch das die Meinung von deutschen Delegierten, ein „gängiges Narrativ“ innerhalb der Abrüstungsdebatte dar.

Wenn die EU es schon nicht über sich bringt, in der Abrüstungsdebatte einen klaren Standpunkt anzunehmen und sie voranzutreiben, dann ist die Haltung Deutschlands umso enttäuschender. In ihrer Eröffnungsrede wiederholte die Bundesregierung lediglich eine Handvoll unumstrittener Phrasen: Nordkoreas Atomprogramm sei zu verurteilen, die Implementierung des 2010 beschlossenen Aktionsplans ginge zu langsam voran, die Umsetzung des New START-Vertrags zwischen den USA und Russland sei zu begrüßen.

**Artikel VI des Atomwaffensperrvertrags verpflichtet die Mitgliedstaaten zu „Verhandlungen in gutem Glauben“, mit dem Ziel, „einen Vertrag über generelle und vollständige Abrüstung“ zu etablieren. Bislang besteht kein derartiger Vertrag auf der offiziellen Ebene.**

**Nuklearwaffenkonvention:** Allerdings erstellte bereits 1996 eine Gruppe von Experten und Wissenschaftlern unter der Leitung der Nichtregierungsorganisationen INESAP und IALANA einen Modellentwurf, die sogenannte Nuklearwaffenkonvention. 1997 reichte Costa Rica diesen Entwurf als offizielles UN-Dokument ein. 2008 sprach sich UN-Generalsekretär Ban Ki-moon für das Verhandeln einer Konvention aus. Diese würde eine schrittweise und

Zwar verwies Deutschland auf die drei humanitären Konferenzen, legte aber im gleichen Atemzug nach, dass Abrüstung „nicht in einem Vakuum“ stattfände – eine gängige Entschuldigung dafür, dass keine weiteren oder nur unzureichende Abrüstungsschritte unternommen werden. Von dem progressiven Moment, das sich 2010 nach dem gemeinsamen Bundestagsbeschluss zum Abzug der amerikanischen Atomwaffen von deutschem Boden zeigte und der proaktiven Unterstützung der proaktiven Unterstützung von Abrüstungsinitiativen wie der Nuklearwaffenkonvention, war fünf Jahre später nicht das geringste zu spüren.

## ANSÄTZE ZUR ABRÜSTUNG DER ATOMWAFFEN

Während die Bundesregierung am „Step-by-step“-Ansatz festhält, fordert das Netzwerk Abolition 2000 und die Mayors for Peace den Verhandlungsbeginn für eine Nuklearwaffenkonvention. Da die Atomwaffenstaaten seit Jahren nicht dazu nicht bereit sind brachte die Kampagne „ICAN“ im Rahmen der Humanitären Initiative die Idee eines Verbotsvertrages in die diplomatische Diskussion. Die Blockade der Atomwaffenstaaten soll so ausgehebelt werden. Beide Ansätze werden unter den Nichtregierungsorganisationen und Diplomaten kontrovers diskutiert.

verifizierbare Abrüstung innerhalb eines festgesetzten Zeitrahmens vorsehen.

**Verbotsvertrag:** Anders als eine Konvention müsste ein Verbotsvertrag nicht explizit jeden Schritt auf dem Weg zur nuklearen Abrüstung auflisten. Vielmehr geht es um einen grundsätzlichen Rahmen, innerhalb dessen das Ziel einer atomwaffenfreien Welt erreicht werden kann. Die Verhandlungen über einen Verbotsvertrag können von engagierten Staaten zunächst auch ohne Beteiligung der Atommächte initiiert werden – was von diesen oft als Unterminierung des Atomwaffensperrvertrags interpretiert wird. Tatsächlich würde ein Verbot jedoch lediglich eine entsprechende Ergänzung des NVV darstellen, so die Idee.

## FESTGENOMMEN VOR DER AMERIKANISCHEN VERTRETUNG

John LaForge und seine 21 Mitstreiter hatten geplant, gleich zu Beginn der Konferenz zum Atomwaffensperrvertrag in New York ein öffentlichkeitswirksames Zeichen zu setzen. Das ist ihnen mit ihrer Aktion auch gelungen – am 28. April in der Frühe



Ziviler Ungehorsam vor der US - Mission [Foto: Nukewatch]

blockierten sie einen der Eingänge zur ständigen Vertretung der USA bei den Vereinten Nationen. Das Gebäude befindet sich genau gegenüber dem UN-Hauptquartier. Die Location hätte damit nicht besser gewählt werden können.

Kurz nach Beginn der Blockade wurden die Aktivisten bereits von der New Yorker Polizei in Handschellen abgeführt und in Gewahrsam genommen. Sie mussten sich am 24. Juni vor einem amerikanischen Gericht verantworten. Für John LaForge, einen der Initiatoren der Protestaktion gegen die US-Regierung, kommt der Gerichtstermin gerade Recht. Er ist Mitglied der Nichtregierungsorganisation Nukewatch in Wisconsin und kritisiert stark die amerikanische Nuklearpolitik, aber auch die Ignoranz der Medien. In einem Artikel über seinen Protest schreibt LaForge, er und seine Mitstreiter seien „nukleare Realisten“, da „die US-Medien Verletzungen von Abrüstungsverträgen von amerikanischer Seite kaum Beachtung schenken, außer wenn jemand ins Gefängnis gesteckt wird“. Die Polizei solle stattdessen lieber die wahren Verdächtigen festnehmen: Die US-Regierung, die sich entschlossen weigere, ihre Verpflichtungen aus dem Atomwaffensperrvertrag zu erfüllen.

Mit ihrer Haltung stehen die festgenommenen Friedensaktivisten, unter denen sich auch zwei Nonnen befanden, nicht alleine da. Beim Friedensmarsch einen Tag vor Beginn der Konferenz, der am New Yorker Union Square startete und auf dem Dag Hammarskjöld-Platz vor der UN endete, waren zahlreiche amerikanische Veteranen dabei, die die Haltung ihrer Regierung anprangern.

Weitere Infos zu Nukewatch unter [www.nukewatchinfo.org](http://www.nukewatchinfo.org)



**30 Studierende der Technischen Universität Darmstadt und der Universität Hamburg simulierten in einem Planspiel, was eigentlich Aufgabe der Diplomaten wäre: Sie verhandelten über eine Nuklearwaffenkonvention.** Die Gruppe hatte sich zuvor auf der Staatenkonferenz in New York gründlich über die Positionen der 13 von ihnen vertretenen Länder informiert. Und sie simulierten sehr realistisch. Sie haben gut erfasst, welche Knackpunkte momentan zielführende Gespräche verhindern: Atomwaffen werden weiterhin als Sicherheitsgarantie angesehen, anstatt als Sicherheitsrisiko, die ungelöste Palästinafrage, der Bürgerkrieg in der Ukraine und die Modernisierungsprogramme der Atomwaffenstaaten. Sie gelangten in ihrer Simulation nicht zu einem Kompromiss, sondern ließen die Verhandlungen scheitern.

[Fotos: Richard Trippel]



**Xanthe Hall  
Berlin IPPNW**

„Für mich hat es Costa Rica auf den Punkt gebracht: Es gibt im NVV-Prozess keine Demokratie. Die Atomwaffenstaaten legen immer wieder ihr Veto ein, um konkrete Maßnahmen für die Abrüstung zu verhindern. Mich hat es sehr gefreut, dass die atomwaffenfreien Staaten so deutlich ihre Argumente für eine Ächtung von Atomwaffen eingebracht und mit den humanitären Folgen unterfüttert haben. Gleichzeitig erhöhen sie mit der Humanitären Selbstverpflichtung den Druck für einen neuen Abrüstungsprozess. Es ist egal, dass es kein Abschlussdokument gibt. Wichtig ist dieser neue Impuls für einen Ächtungsvertrag!



**Sascha Hach  
Berlin, ICAN**

In New York wurde dieses Jahr der lange gärende Konflikt zwischen Atomwaffenstaaten und Nichtatomwaffenstaaten offen gelegt. Im Kern ging es dabei darum, ob Atomwaffen verboten werden sollten. Diese Konferenz ging ohne Einigung zu Ende. Zum Glück, denn die Diskussion geht damit weiter.



**Regina Hagen  
Darmstadt**

Die NVV-Konferenz 2015 hat gezeigt, dass die "nukleare Apartheid" - so hat der südafrikanische Botschafter Minty die aktuelle Regelung ungeniert genannt - keine Zukunft hat. Wenn sich die Atomwaffenstaaten nicht endlich mit Nachdruck an die Abrüstung auf Null machen, droht das Nichtverbreitungsregime zu implodieren. Die Dringlichkeit eines Atomwaffenverbots steht auf der Agenda. Ich persönlich mache mich für eine umfassende Nuklearwaffenkonvention stark, die völkerrechtlich bindende Abrüstungsmaßnahmen und einen klaren Zeitplan festschreibt. So wie bisher können die Staaten jedenfalls nicht weitermachen.



**Simon Hebel  
Uni Hamburg**

Auf der Überprüfungskonferenz wurde der nukleare Status Quo kompromisslos verteidigt. Das bedeutet, dass weiterhin gewaltige nukleare Arsenale aufeinander ausgerichtet sind und unsere Sicherheit bedrohen. Alternativen sind nötig und möglich! Abseits der Verhandlungen werden Technologien zur Verifikation von Abrüstung und Nichtverbreitung stetig weiter entwickelt, so dass eine nuklearwaffenfreie Welt auch ohne blindes Vertrauen erreicht und erhalten werden kann.



»Im Blick« ist eine Beilage des Magazins »FreiRaum – Für eine Welt ohne Atom- und Uranwaffen. Für die friedliche Nutzung des Weltraums«, herausgegeben von der Pressehütte Mutlangen. Diese Ausgabe wird auch den Magazinen VERSÖHNUNG ([www.versoehnungsbund.de](http://www.versoehnungsbund.de)) und SPINNRAD ([www.versoehnungsbund.at](http://www.versoehnungsbund.at)) beigelegt.

**Redaktion**  
Wolfgang Schlupp-Hauck

Den vollständigen FreiRaum finden Sie auf der Homepage [www.pressehuette.de](http://www.pressehuette.de) oder bestellen Sie die gedruckte Ausgabe bei:

**Friedens- und Begegnungsstätte Mutlangen e.V.**  
Forststraße 3, 73557 Mutlangen, Telefon 0 71 71 - 7 56 61

**Spendenkonto**  
Friedenswerkstatt Mutlangen e.V.  
Kreissparkasse Ostalb, BLZ 614 500 50, Konto: 800 268 499  
IBAN: DE60 6145 0050 0800 2684 99, BIC: OASPD66AXXX  
Stichwort: »Im Blick«. Bitte vollst. Adresse angeben!



# Gegenpol zur militärischen Lobbyarbeit

ERSTE KÖNIGSBRONNERFRIEDENSGESPRÄCHE UND EINE GEGENDEMO



In Königsbronn lud der Reservistenverband zum dritten Mal zu den Königsbronner Gesprächen ein. Ähnlich wie bei der Sicherheitskonferenz in München werden die militärischen Optionen von den hochkarätigen Referenten beworben. In der Region wächst der Widerspruch. Die Königsbronner Gemeinderätin Margit Stump zieht Bilanz.

## WELCHE MASSNAHMEN VERHINDERN KONFLIKTE UND SICHERN FRIEDEN?

Diese Frage treibt unterschiedliche gesellschaftliche Gruppen um, die sich zu einem Bündnis gegen die vom Bundestagsabgeordneten Roderich Kiesewetter, CDU, initiierten Königsbronner Gespräche zusammengeschlossen haben. Mitglied sind u.a. die Deutsche Friedensgesellschaft, DGB, DIE LINKE und DIE GRÜNEN, Ortsverband Königsbronn.

Scheinbar hat die Veranstaltung unter Federführung des Reservistenverbandes das gleiche Ziel. Im Vordergrund stehen jedoch dort vor allem militärische Maßnahmen. Präventions- und Friedenspolitik standen in der Vergangenheit nicht zur Debatte. Das diesjährige Motto „Herausforderungen von Krisen – Bessere Krisenbewältigung durch einen vernetzten Ansatz“ bot Anlass zu der Hoffnung, dass diese Themen endlich in den Fokus gerückt würden. Dies geschah leider nur teilweise. Der vernetzte Ansatz der „Krisenbewältigung“ wurde im Kontext der „neuen Aufgaben“ Deutschlands aufgegriffen, will heißen: mehr deutsche Militäreinsätze, mehr deutsche Waffen, mehr Waffenexporte. Lediglich die Beiträge von Seiten der erstmals präsenten Bundestagsabgeordneten von Bündnis 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN zeigten die Schwächen und falschen Schwerpunktsetzungen auf.

Das Ziel ist offensichtlich: durch einen inszenierten „Bürgerdialog“ soll Akzeptanz für die Ausweitung der Aktivitäten der

Bundeswehr geschaffen und damit eine Erhöhung des Wehretats legitimiert werden. Das Bündnis organisierte erstmalig die „Königsbronner Friedensgespräche“, um bewusst einen Gegenpol zu diesen „Königsbronner Gesprächen“ zu setzen.

## ERFOLGREICHE ERSTAUFLAGE DER „KÖNIGSBRONNER FRIEDENSGESPRÄCHE“

Moderiert von Dr. Rolf Siedler diskutierten zunächst Tobias Pflüger, stellvertretende Parteivorsitzender der Linken, Silvia Bopp von der Pressehütte Mutlangen und Kerstin Pätzold vom DGB Nordwürttemberg zur Diskrepanz zwischen öffentlichem Anspruch der Königsbronner Gespräche und tatsächlichen Inhalten. Deutlich wurde herausgearbeitet, dass die Bundeswehr in der Zeit seit der Wiedervereinigung von einer reinen, auf das Staatsgebiet bezogenen Verteidigungsarmee zu einer internationalen Interventionsarmee umgebaut wurde. Dass dies dem Grundgesetz widerspricht, liegt außerhalb der öffentlichen Wahrnehmung. Kritisch wurde die Öffentlichkeitsarbeit der Bundeswehr selbst, die Werbung für die „Truppe“ und das Agieren des Reservistenverbands beleuchtet.

Insgesamt fand die Veranstaltung mit rund 70 Besuchern eine gute Resonanz. Nach dem gelungenen Auftakt sollen im nächsten Jahr inhaltlich Schwerpunkte gesetzt werden, damit zivile Krisenprävention öffentlich besser wahrgenommen wird.

## GROSSE BETEILIGUNG BEI DER GEGENDEMONSTRATION

Auch die schon „traditionell“ zu nennenden Demonstration am Rand der Königsbronner Gespräche fand reichlich Zulauf. Bei sonnigem Frühlingwetter zogen 120 Demonstranten und 70 Polizisten durch das beschauliche Königsbronn. Das Anliegen, die fragwürdigen Mittel der Militärs zur „Friedenssicherung“ zu benennen und echte Maßnahmen wie Abrüstung und Verbot von Rüstungsexporten eindrucksvoll in die Öffentlichkeit zu tragen, wäre auch dieses Mal gelungen, wenn nicht ein gewaltsamer Zusammenstoß die Berichterstattung dominiert hätte.



Umstritten: Auftreten und Verhalten der Antifa  
[Foto: wsh]

## ZWISCHENFALL DISKREDITIERT FRIEDENSAKTIVISTEN

Ganz klären werden sich die Umstände wohl nicht mehr lassen. Klar ist, ein Friedensaktivist, Teilnehmer der Königsbronner Gespräche, wurde von Teilnehmern der Demonstration beim Zusammentreffen unbemerkt von Organisatoren und Polizei geschlagen, weil er an den Königsbronner Gesprächen teilnahm.

Dieser eine Zwischenfall dominierte tagelang die Berichterstattung und ließ das Anliegen, die Bewahrung von Frieden mit zivilen statt militärischen Mitteln voran zu treiben, vollständig in den Hintergrund geraten. Auch zu Beginn der Demonstration kam es zu körperlichen Angriffen gegen Demonstranten, die jedoch wahrgenommen und von Polizeikräften sofort unterbunden wurden. Die Betroffenen trugen zum Glück keine schweren körperlichen Verletzungen davon. Nichts desto trotz: Gewalt lehnen wir Friedensbewegte in jeder Form ab. Wir tolerieren solche Akte nicht.

## MILITÄR BIETET KEINE LÖSUNGSANSÄTZE FÜR KONFLIKTE

Selbst hochrangige Akteure der Königsbronner Gespräche mussten auf Nachfragen von Anwesenden einräumen, dass die von ihnen in den Vordergrund gerückten militärischen Mittel Konflikte weder in der Vergangenheit gelöst haben, noch in Zukunft werden lösen können. Dieses Eingeständnis, keinen Lösungsansatz zur Befriedung oder gar zur Lösung der aktuellen Konflikte zu haben, drang leider nur an das Ohr der Anwesenden, nicht jedoch über die Presse in die breite Öffentlichkeit.

## FAZIT: ZIVILE MITTEL ZUR KONFLIKT-PRÄVENTION MÜSSEN AUSGEBAUT WERDEN

Die aktuellen Entwicklungen und die Dominanz militärischer Maßnahmen in der öffentlichen Diskussion wie auch die einseitige Verteilung der Haushaltsmittel des Bundes zeigen: Es ist ein geeignetes Mittel und nötiger denn je, an alternativen Veranstaltungen zu den „Königsbronner Gesprächen“ festzuhalten und damit Akzeptanz für den Ausbau ziviler Präventionsmaßnahmen zu schaffen.

Margit Stump

## Der INF-Abrüstungsvertrag ist in Gefahr

Auf Anregung der Pressehütte Mutlangen haben Landrat Klaus Pavel und Bürgermeister Peter Seyfried aus Mutlangen einen offenen Brief an alle neun Atomwaffenstaaten initiiert.

In ihm erinnern sie daran, dass in den 80er Jahren Atomwaffen in Mutlangen stationiert waren. Sie sehen mit größter Sorge, „dass der Vertrag, aufgrund dessen die Atomraketen vor unsere Haustür verschwunden sind, heute in Gefahr ist.“

Der Forderung: „Atomwaffen müssen abgeschafft, nicht modernisiert werden. Bestehende Abrüstungsverträge dürfen nicht gekündigt, sondern müssen ergänzt und ausgeweitet werden. Ein neuer Abrüstungsprozess ist nötig“ haben sich im Ostalbkreis weitere Mitglieder von Mayors for Peace angeschlossen: Schwäbisch Gmünds Oberbürgermeister, sowie die Bürgermeister von Adelmannsfelden; Bartholomä; Hüttlingen und Mögglingen.

## Radler überbringen Abrüstungspapell

Im Vorfeld des Flaggentages der Mayors for Peace sind die PACE MAKERS in Heilbronn gestartet. Auch der Oberbürgermeister dieses ehemaligen Pershing II Standortes



hat den offenen Brief unterschrieben. Auf dem Weg nach Berlin werden weitere Unterschriften dazu kommen. Weißenfels, ehemaliger Standort russischer Atomwaffen, tritt aus diesem Anlass Mayors for Peace bei. Mit den Briefen werden Gespräche mit den Botschaftern eingefordert.

Der Flaggentag der Mayors for Peace bildet den Auftakt für eine ganze Reihe von Veranstaltungen, für eine atomwaffenfreie Welt, die unter dem Motto stehen „Hiroshima und Nagasaki mahnen. Erinnern allein reicht nicht.“ [wsh]



Olaf Scholz trifft sich mit Überlebenden aus Hiroshima

[Foto: Erik Buhmann]

## Peace Boat Tour Hamburg

**Im Juni legte das Peace Boat in Warnemünde an. Überlebende von Hiroshima und Nagasaki reisten von dort aus nach Hamburg weiter und trafen in der Nikolaikirche auf Zeitzeugen des Feuersturms. Der Austausch zeigte, wie eng die beiden Katastrophen miteinander verwoben sind.**  
Von Julia Berghofer

Obwohl an diesem Nachmittag die Krypta der Nikolaikirche so voll ist wie selten, ist es ganz still, als Lisa Schomburg zu sprechen anfängt. Drei Schulklassen von Hamburger Gymnasien, Friedensaktivisten, Journalisten und auch Bürgermeister Olaf Scholz hören andächtig zu, wie die heute 85-Jährige von dem Tag erzählt, als der vernichtende Feuersturm 1943 über der Stadt niederging. Die alte Dame redet leise und bedacht, so als würde vor ihrem inneren Auge jener Tag in all seinem Schrecken detailgenau wieder aufleben. Von ihrer Mutter, die ein Tabakwarengeschäft besaß, sei sie zum Zigarettenholen nach Harburg geschickt worden. Stattdessen fuhr sie aber mit einer Freundin zum Hauptbahnhof, wo die jungen Mädchen vom Alarm überrascht wurden. In einem riesigen Bunkerlabyrinth unter der Innenstadt verharrten sie stundenlang, dicht an dicht mit zahllosen anderen Menschen, voller Angst, sie seien nun lebendig begraben. Irgendwann, nach vielen Stunden, war der Angriff vorbei, die Stadt verwüstet, aber die Mädchen waren unversehrt.

Als nächstes erzählt Nobuo Miyake. Er kommt aus Hiroshima, war 16 Jahre alt, als die Amerikaner die erste Atombombe auf seine Heimatstadt abwarfen. Großes Glück habe er damals gehabt, sagt er. Als die Bombe fiel, saß er gerade in der Straßenbahn, habe nur einen Blitz und ein gleißendes blau-weißes Licht gesehen. Sofort sei er aus der fahrenden Bahn gesprungen – das hat ihn gerettet. Denn die Leute, die in der Bahn direkt Richtung Hypozentrum geblieben waren, erlitten schwere Verbrennungen und wurden verstrahlt. An die Stunden danach erinnert sich Miyake genau: „Die Menschen liefen wie Gespenster durch die Straßen. Ich kann diese Bilder nicht vergessen“.

Obwohl der Angriff auf Hamburg 1943, bekannt als „Operation Gomorrha“, und zwei Jahre später diejenigen auf Hiroshima und Nagasaki, ganz unterschiedlich waren, gleicht sich das Leid, das sie unmittelbar verursacht haben, in seiner schier unfassbaren Grausamkeit. Von den drei Hibakusha – wie man die Überlebenden der nuklearen Detonationen in Hiroshima und Nagasaki nennt – waren zwei noch Kleinkinder, als die Bombe ihre Städte in Schutt und Asche legte. Frau Nikamura ist drei Jahre alt gewesen, ihre Geschichte rekonstruiert sie aus den Erzählungen der älteren Schwester. Obwohl sie fast keine eigenen Erinnerungen hat, war sie bereits drei Mal im Krankenhaus, hat die Strahlenkrankheit bekommen. Ihre Tochter ist vor fünf Jahren verstorben, mit 39. „Lange haben wir nicht darüber gesprochen“, erzählt sie, „erst durch die Peace Boat-Initiative haben wir damit begonnen“.

Die Peace Boat Tour wurde von den Mayors for Peace ins Leben gerufen. Mit ihrem „Friedenschiff“ sind die Hibakusha 105 Tage unterwegs und besuchen 26 Länder, wo sie an die Folgen des Vernichtungskriegs erinnern und die Menschen zum Frieden mahnen wollen.

Auch Hamburg ist Partnerstadt der Mayors for Peace. Bürgermeister Scholz bezeichnete es deshalb als „Freude und Ehre“, dass die Überlebenden beider Katastrophen in den „traurigen, heiligen Hallen der Nikolaikirche, die ebenfalls während der Luftangriffe 1943 zerstört wurde, zusammengefunden haben. Die Spätschäden der Atombomben seien hierzulande wenig im Bewusstsein. Deutschland, so fügte Scholz hinzu, müsse sich „unangenehmen Wahrheiten“ stellen. Die Gefahr eines Atomkriegs sei noch immer nicht gebannt, das Verhalten Russlands und der USA bezeichnete er als Wahnsinn: „Kurz: diese Waffen müssen weg“.



Bei einem Planungstreffen der Gewaltfreien Aktion Atomwaffen Abschaffen wurde die diesjährige Fastenaktion vorbereitet

## Fastenkampagne für eine atomwaffenfreie Welt

**Matthias Engelke, Vorsitzender des deutschen Zweigs des Internationalen Versöhnungsbundes fastet zum sechsten Mal in Büchel. Er ruft auf, ihn zu begleiten und zu unterstützen. Eingebunden ist sein öffentliches Fasten in Büchel in ein internationales Netz von zeitgleichen Fastenaktionen.**

Solange noch in Deutschland Atombomben lagern werde ich, so Gott will und ich lebe - jedes Jahr einen Tag länger fasten, bis diese Waffen abgezogen worden sind. Damit der Gedenktag an die Zerstörung von Nagasaki den Abschluss bildet, fange ich jedes Jahr einen Tag früher an, 2015 am 31. Juli um 20.15 Uhr. Und nicht nur ich, sondern auch Mitfastende in Büchel und an anderen Orten. Wolfgang Schlupp-Hauck wird auf seiner Reise in Hiroshima und Nagasaki fasten.

Unrecht gibt es nicht von selbst, sondern weil es gestützt, getragen, verheimlicht oder einfach weil mitgemacht wird. Sich an das Unrecht zu gewöhnen, ist eines der stärksten Mittel, um Unrecht aufrecht zu erhalten. Die Welt steht seit 70 Jahren unter dem Zeichen der Atombomben. Regierungen, Wissenschaftler, Verwaltung und nicht zuletzt Militärs beten diese Waffe an, weil sie die stärkste aller Waffen ist.

Die vielen Tausenden von Toten der Bombenabwürfe, des anhaltenden Uranabbaus, der Versuche, der Verstrahlungen in Atomkraftwerken mit ihren Katastrophen rufen zur Umkehr.

Im Vergleich mit dieser abgöttisch geliebten atomaren Waffenmacht kann jede andere Macht nur schwach sein. Mit unserer öffentlichen Fastenaktion nehmen wir die Position der Ohnmächtigen ein und kämpfen um deren Würde und die Würde aller, die noch von der Atomkette - vom Uranabbau über die Forschung, die Regierungsverantwortlichen bis hin zu den Soldaten - in Gefangenschaft gehalten werden.

Das öffentliche Fasten zelebriert die Macht der Liebe und Wahrheit. Es ruft dazu auf, dem Leben treu zu sein. So wie Soldaten als Familienväter ja bereits ihre Kinder lieben; dass sie anfangen, auch die Kinder zu lieben, die durch einen Bombenabwurf ihrer Tornados zu verstrahlten Atombombenopfer würden. Alle, die in der Atomkette gefesselt sind, sind dazu berufen, umzukehren.

Ich lade herzlich dazu ein, die Fastenaktion in Büchel zu besuchen, die Präsenz ist rund um die Uhr. Info-Aktionen im eigenen Heimatort können diese Aktion unterstützen. Ich würde mich über eine kurze Nachricht über [mwEngelke@t-online.de](mailto:mwEngelke@t-online.de) sehr freuen.

**Matthias-W. Engelke**

### Friedensaktivisten vor Gericht: Solidarität mit Bürgerinspektoren in Belgien

Während die Atomwaffenstaaten derzeit versuchen, sich einem Gerichtsverfahren vor dem Internationalen Gerichtshof zu entziehen, stehen in Belgien sieben Friedensaktivisten vor Gericht. Die neun Atomwaffenstaaten werden von den Marshallinseln angeklagt, weil sie ihre Abrüstungsverpflichtungen nicht erfüllen. Die sieben „Bomspoter“ werden angeklagt, weil sie gewaltfreien zivilen Ungehorsam für Abrüstung leisteten.

Die pazifistischen Aktivisten drängen im Rahmen der Aktion als „Bürgerinspektoren“ am 11. Februar 2012 in das SHAPE, das militärische Hauptquartier der NATO, ein. Von dort und dem EUCOM in Stuttgart werden die Atomwaffen, die in Europa lagern, befehligt. Die Aktion wurde gefilmt und anschließend veröffentlicht. Nun droht den Aktivisten eine Haftstrafe von bis zu fünf Jahren, sowie eine hohe Geldstrafe. Sie wehren sich dagegen vor einem Strafgericht verhandelt zu werden, anstatt wie im belgischen Strafsystem für politische Themen üblich, vor dem politischen Gerichtshof („Cour d'assises“).

Der erste Gerichtstermin findet am 26. Oktober 2015 vor dem Strafgerichtshof in Mons, Belgien statt. Zu diesem Termin plant eine Gruppe des deutschen Zweiges des Internationalen Versöhnungsbundes nach Mons zu fahren, um die Aktivisten zu unterstützen.

Wer sich beteiligen möchte ist herzlich eingeladen und meldet sich bei [Samya.Korff@gmail.com](mailto:Samya.Korff@gmail.com)

Für weitere Informationen und Solidaritätsbekundungen stehen die Webseite der Bomspotters, ihre Facebookseite sowie eine Mailadresse zur Verfügung:

[www.bomspotters.wordpress.com](http://www.bomspotters.wordpress.com)  
[www.facebook.com/bomspotters](http://www.facebook.com/bomspotters)  
[bomspotters@agirpouirlapaix.be](mailto:bomspotters@agirpouirlapaix.be)

**Samya Korff**

### FASTENAKTION VOM 31. 7.–9. 8. AM ATOMWAFFENSTÜTZPUNKT BÜCHEL

Am Freitagnachmittag, den 28. August bauen wir die Campstruktur für die 10-tägige Fastenaktion auf. Pfarrer Matthias Engelke hält während des Fastens jeden Abend um 20.15 Uhr und jeden Morgen um 8.15 Uhr am Haupttor eine Andacht. Die Fastengruppe wird täglich mit ihren UnterstützerInnen in die umliegenden Ortschaften gehen, um dort mit der Bevölkerung über die geplante Modernisierung und für den Abzug der in Büchel stationierten Atomwaffen ins Gespräch zu kommen. Die Planung findet im Camp am Haupttor statt. Wir wollen die Zeit auch nutzen zukünftige Aktionen zu planen.

Am 6. August, am Hiroshima-Gedenktag ist eine Internet-Presskonferenz mit Wolfgang Schlupp-Hauck von der Friedenswerkstatt Mutlangen geplant, der sich dann direkt in Hiroshima befinden wird. Am 9. August, am Nagasaki-Gedenktag werden zwei Friedensfahrradtouren der DFG-VK-eine aus Grafenwöhr (Bayern) und die andere aus Münster (NRW) - in Büchel ankommen und mit den Fastenden die letzte Gedenkfeier um 11:02 Uhr (Zeitpunkt des Atombombenabwurfes auf die Stadt Nagasaki) begehen. Gemeinsam werden wir danach mit einer Suppe das Fasten brechen!

## Impressum

FreiRaum.

Für eine Welt ohne  
 Atom- und Uranwaffen.  
 Für die friedliche Nutzung  
 des Weltraums.

Erscheint vierteljährlich

**Auflage:** 1000

### Herausgeber

Pressehütte Mutlangen  
 Friedens- und Begegnungsstätte  
 Mutlangen e.V.  
 Forststraße 3  
 73557 Mutlangen  
 Tel./Fax 0 71 71 - 75 66 1  
 www.pressehuette.de  
 post@pressehuette.de

**Einzelheft:** Euro 3.-€ plus Porto

**Jahresabonnement:** Euro 12.-€

Für Mitglieder der Friedens- und  
 Begegnungsstätte Mutlangen e.V. und  
 der Friedenswerkstatt Mutlangen e.V.  
 ist der Bezug im Mitglieds-  
 beitragsbeitrag enthalten.

### Bankverbindungen

nur für Abo-Gebühren:  
 Friedens- und Begegnungsstätte –  
 FreiRaum  
 Raiffeisenbank Mutlangen  
 DE90 6136 1975 0055 6280 10

### für steuerabzugsfähige Spenden:

Friedenswerkstatt Mutlangen e.V.  
 Kreissparkasse Ostalb  
 IBAN: DE60 6145 0050 0800 2684 99  
 Stichwort: Spende FreiRaum  
 Bitte vollständige Adresse angeben!

### Redaktion

V.i.S.d.P  
 Wolfgang Schlupp-Hauck (wsh)  
 Tel. 0 71 71 - 18 20 58  
 e-Mail: redaktion@pressehuette.de

Namentlich gekennzeichnete  
 Beiträge geben nicht unbedingt  
 die Meinung der Redaktion wieder.

### Satz und Layout

Michael Heidinger Graphic Design  
 www.michael-heidinger.com

### Druck

UWS-Druck und Papier GmbH  
 70184 Stuttgart,  
 Telefon (07 11) 46 30 05  
 mail@uws-druck.de

## SOMMERSPENDE

# Wir bitten um Unterstützung!

Unsere Kassen leeren sich schneller als gewünscht. Wir haben den Teich hinter der Pressehütte wieder hergestellt. Wir haben ein Großplakat finanziert, das an der Bundesstraße nach Mutlangen an die Jahrestage von Hiroshima und Nagasaki erinnert. Wir haben die kleine Broschüre Hiroshima mahnt neu aufgelegt und für Ausstellungen fünf Roll ups entwerfen und drucken lassen. Die Japanreise von Wolfgang Schlupp-Hauck soll auch bezuschusst werden. Damit unsere Kassen nicht in die roten Zahlen rutschen und wir weiter unsere Friedensarbeit finanzieren können, bitten wir Spenden.



## Hiroshima und Nagasaki mahnen

Die 76-Seiten Broschüre „Hiroshima mahnt“ mit dem bebilderten Bericht des Überlebenden Akihiro Takahashi ist neu aufgelegt. Sie kann gegen Kostenbeteiligung von 1.80 € für ein Einzel-exemplar in der Pressehütte bestellt werden.

◀ Zum Flaggentag eröffnete in Stuttgart Bürgermeister Wölfle eine Ausstellung. Die DFG-VK und die Pressehütte haben dafür neue Roll-ups machen lassen. Sie können ab Mitte September ausgeliehen werden.

